



An der Notunterkunft laufen Bauarbeiten: Zwei Duschcontainer sollen aufgestellt werden, ein provisorisches Fluchttreppenhaus wurde angebaut. Der bisher zugewachsene zweite Rettungsweg wurde geschottert, um eine Feuerwehrezufahrt auch mit schwereren Fahrzeugen zu ermöglichen. Foto: win

Kampf gegen ZUE aufgenommen

Olpe Bürgerinitiative will alternative Pläne umsetzen / Anlieger haben Anwalt beauftragt

Flüchtlinge nach Olpe – ja, aber nicht in Massenunterkünften und nicht ohne Möglichkeit zur Integration, das ist das Credo der BI.

win ■ Gut besucht war die erste Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“, die am Donnerstagabend im DRK-„Haus der Begegnung“ im Weierhohl stattfand. Im Mittelpunkt des Abends stand die Diskussion um die derzeitige und vor allem die künftige Nutzung der ehemaligen Kolping-Familienferienstätte „Regenbogenland“, in der (die SZ berichtete ausführlich) das Land nach der Beschlagnahme der Immobilie eine Notunterkunft für Flüchtlinge eingerichtet hat und plant, sie in eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) umzuwandeln. Die Vorstandsmitglieder der Bürgerinitiative, Ansgar Clemens, Christian Hose, Peter Kliche, Reiner Löcker und Wolfgang Maasjost, begrüßten die Gäste, unter ihnen einige, die den Abend nutzten, um der BI spontan beizutreten, und erläuterten noch einmal die Ziele der BI: den Verzicht auf eine Massenunterkunft zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen und stattdessen die Integration dauerhaft zugewiesener Asylanten, die dezentral in Häusern und Wohnungen untergebracht werden sollen.

Wie berichtet, werden der Stadt Olpe, so lange die Notunterkunft betrieben wird und auch, wenn aus dieser eine Zentrale Unterbringungseinrichtung wird, keine anerkannten Flüchtlinge zur dauerhaften Unterbringung zugewiesen. Stattdessen verbleiben die Flüchtlinge in Notunterkunft oder ZUE nur wenige Tage bis Wochen, bis sie in andere Kommunen weitergeschickt werden.

Derzeit leben rund 190 Flüchtlinge im „Regenbogenland“, sie gehören 22 Nationen an. Die BI sprach dem Deutschen Roten Kreuz, das die Einrichtung betreibt, und den ehrenamtlichen Helfern, darunter einem über 50-köpfigen Tross von Dolmetschern mit Migrationshintergrund, ausdrücklich Dank für ihre Arbeit aus. Es habe nur wenige Vorfälle gegeben, unter anderem seien der BI zwei Ladendiebstähle bekannt geworden, die von Bewohnern der Notunterkunft verübt worden seien. Aus Brandschutzgründen sei eine Fluchttreppe als Außengerüst angebaut worden, davon sei seitens der

Stadt bei deren Informationsveranstaltung keine Rede gewesen.

Kreis-Rotkreuz-Leiter Ulrich Schneider referierte über die Lage im „Regenbogenland“. Der Zustand der Anlage sei bei der Übernahme durch das DRK im vorderen Bereich sehr gut gewesen, doch in den weiter zurück liegenden Gebäuden sei viel Arbeit nötig. Das DRK habe inzwischen 6 Tonnen Müll aus dem „Regenbogenland“ entfernt. Derzeit laufen Arbeiten, um zwei mobile Sanitär-Container mit jeweils 25 Duschen aufzustellen. Zwar sind die ehemaligen Familienzimmer mit eigenen Nasszellen ausgestattet, zwei ehemalige Gruppenräume, die zu Schlafsälen umfunktioniert wurden, machen laut Schneider zusätzliche Duschköglichkeiten nötig. Diese werden im Innenhof der Anlage aufgebaut. Noch seien längst nicht alle Bewohner untersucht. Rund 100 Flüchtlinge seien in den Krankenhäusern Freudenberg und Olpe geröntgt worden, „sie bekommen alles, was zum Leben nötig ist, aber keine Genussmittel“. So lange die Identität eines Flüchtlings nicht feststehe, werde diesem auch kein Taschengeld ausgehändigt. Dies seien knapp unter 4 Euro am Tag. Noch laufe es sehr ruhig im „Regenbogenland“. Schneider: „So eine Unterkunft findet man in ganz NRW nicht noch einmal.“ Allerdings setze allmählich ein „Lagerkoller“ ein.

In der nächsten Woche beginne die Ablösung der ehrenamtlichen DRK-Helfer, die aus dem gesamten Land nach Olpe fahren, durch hauptamtliche Kräfte, die vom Landesverband eingestellt werden. Auf Nachfrage erklärte er, das Land habe das DRK beauftragt, die Trägerschaft der Notunterkunft zunächst bis Mitte 2016 zu übernehmen. Dementsprechend würden auch die Arbeitsverträge abgeschlossen. Mit kürzerer Laufzeit sei es sonst nicht möglich, qualifizierte Kräfte zu gewinnen.

Weiter informierte die BI, dass zehn Anlieger-Familien einen Fachanwalt beauftragt hätten, rechtlich zu prüfen, ob die Nutzung der touristischen Einrichtung als Flüchtlingsunterkunft überhaupt zulässig ist. Danach soll geprüft werden, ob Rechtsmittel gegen die Nutzung eingelegt werden. Weiterhin bereitet die Bürgerinitiative alles vor, um, sollte die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss zur Einrichtung einer ZUE fassen, mittels Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid dagegen vorzugehen. Auf der Suche nach Alternativen zu den städtischen Plänen, informierte Reiner Löcker, sei die BI auf ein Konzept aus Augsburg gestoßen. Dort sei ein leerstehendes Altenheim zu einem Hotel geworden, in dem einerseits Touristen, andererseits Flüchtlinge leben. Dies sei sicherlich kein 1:1 zu übernehmender Lösungsansatz für Olpe, zeige aber auf, was möglich sei, wenn man sich Gedanken mache.

Auch das „Regenbogenland“ könne – insbesondere durch seine Aufteilung in verschiedene Gebäudetrakte – ähnlich genutzt werden, indem Außenhäuser zu Wohnungen für Flüchtlinge umgebaut würden und das Haupthaus wie früher für touristische Zwecke und Seminare genutzt werde. Die Flüchtlinge könnten in einem solchen Modell auch mitarbeiten und so integriert werden. „Die Stadt sieht nur eine ZUE, wir finden, da könnte ein Vorzeigeprojekt entstehen“, so Reiner Löcker.

Der Vorsitzende des Integrationsrats der Stadt Olpe, Cevdet Aydin, meldete sich zu Wort. Die aktuelle Situation habe bei allem Verständnis für die Kritiker auch etwas Gutes: „Seit 20 Jahren haben wir Flüchtlinge in der Stadt, nie hat jemand an diese gedacht. Niemand hat sich Gedanken gemacht. Gut, dass es jetzt ein Thema ist.“ Er hoffe, dass die Menschen, die „hier sind, endlich ankommen können“. Er sehe den Plan der Stadt, eine ZUE zu errichten, zweischneidig. Einerseits sei er als Vorsitzender des Integrationsrats selbstredend für die Integration von Zuwanderern, was mit einer ZUE nicht machbar sei, weil die Flüchtlinge ja nur kurz blieben. Andererseits laufe die Notunterkunft so gut, und dies durch den Einsatz der ehrenamtlichen Dolmetscher, dass er sich „kein Augsburger, sondern ein Olper Modell“ vorstellen könne.

Deutliche Kritik sprachen die Mitglieder der BI in Richtung Stadtverordnete aus. Zwar seien einige schon vor Ort gewesen und hätten sich intensiv erkundigt und um Hilfe bemüht. Insbesondere aber den direkt gewählten Vertretern sei die Situation offenbar egal. Weiterhin wurden Listen ausgelegt, in die sich Helfer eintragen konnten, die Informationsstände in der Stadt betreiben wollen. „Wir wollen präsent in der Stadt sein, zeigen, dass es uns gibt und unsere Sache in die Stadt tragen“, so Reiner Löcker abschließend.